

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1929

13.3.1929 (No. 61)

Expedition: Karlsruher Zeitung, Karlsruher Straße Nr. 14, Fernsprecher Nr. 953 und 954, Postfachkonto Karlsruhe Nr. 3615

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsanzeiger: Chefredakteur E. Kneub, Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 2,25 RM. einl. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pf.; Sonntags 15 Pf. — Anzeigengebühr: 14 Pf. für 1 cm Höhe und ein Zentimeter Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tariflicher Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruher Straße 14, zu senden u. werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Beitreibung, und Konfiskationsfällen fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streit, Sperrung, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen anderer Verleger, hat der Interent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Druckfahnen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Vergütung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur für 25. auf Monatschluß erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wochenschriften, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Der Reichshaushalt

Die Beschlüsse des Reichsrats

BR. Berlin, 13. März (Tel.) Außer den Deckungs- und Steuererlösen ist nunmehr auch das Haushalts-gesetz zum Etat 1929 dem Reichstag zugegangen. Der Reichsrat hat bei Beratung des Entwurfs einige Beschlüsse gefaßt, die von der Auffassung der Reichsregierung abweichen. Es handelt sich dabei um folgende Punkte:

1. Einstellung von 25 Millionen Reichsmark als Reichsbeiträge für die infolge der veränderten Grenzziehung wirtschaftlich besonders bedrängten östlichen Grenzgebiete, insbesondere für Sühnung des Gütermarktes.

2. Einstellung von 5 Millionen Reichsmark zur Beseitigung von Schäden, die durch die veränderte Grenzlage im Westen, Norden und Südosten entstanden sind.

3. Einstellung von 2,5 Millionen Reichsmark als Beitrag des Reichs zu den von der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft an die Eisenbahngemeinden zu entrichtenden Verwaltungslosgeldern.

Zum Ausgleich dieser Mehrbelastung im Gesamtbetrag von 32,5 Millionen Reichsmark hat der Reichsrat beschlossen:

1. Die von der Reichsregierung vorgeschlagene Einkommensteuerveränderung abzulehnen und als Folge hiervon das Aufkommen aus der Einkommensteuer um 30 Millionen Reichsmark zu erhöhen, von denen 25 Millionen Reichsmark den Ländern zuzuführen, so daß dem Reich eine Mehreinnahme von 7,5 Millionen Reichsmark verbleibt.

2. Die Verminderung der Personalausgaben infolge Wegfalls von Stellen nach § 40 des Besoldungsgesetzes, in der Weise zum Ausdruck zu bringen, daß in dem Haushalt der allgemeinen Finanzverwaltung 5 Millionen Reichsmark pauschal von den Ausgaben abgezogen werden.

3. den im Haushalt für die Kriegslasten vorgesehenen Ansatz zur Abdeckung der noch offenen Beschuldigungsbeträge aus den Jahren 1925 bis 1927 um 20 Millionen Reichsmark zu kürzen.

Der Reichsrat hat ferner in Abweichung von der Vorlage der Reichsregierung beschlossen, einen Beihilfeartikel für die Ausschüsse der Länder aus § 60 des Finanzausgleichsgesetzes (Vertopfung von Leistungen der Gemeinden aus der Kriegswohlfahrtspflege) einzufügen.

Der Reichsrat hat endlich seinen, bei der Beratung des Nachtragshaushalts für 1928 gefaßten Beschluß, im Haushalt des Reichswirtschaftsministeriums 14 Stellen zu streichen, aufrecht erhalten.

Außerdem hat der Reichsrat dem § 8 des Haushaltsgesetzes einen Absatz 4 hinzugefügt, durch den das Reich, falls es den Ländern und Gemeinden im Rechnungsjahre 1929 neue, für sie mit Kosten verbundene Aufgaben zuweist, verpflichtet werden soll, gleichzeitig Bestimmung über die entsprechende Deckung zu treffen oder, wenn dies nicht geschieht, den für die Kosten erforderlichen Betrag aus dem Sonderanteil des Reiches zu übernehmen.

Der Gesamtetat steht am kommenden Donnerstag bereits auf der Tagesordnung der Reichstagskammer.

Ferner ist dem Reichstag jetzt auch der Haushaltsplan für die Zeit vom 1. April bis 30. Juni 1929 zugegangen.

Der neue Reichshaushaltsplan für 1929 ging den Mitgliedern des Reichstags zu in Gestalt von zwei sehr starken Bänden. Im Begleit Schreiben wird auf die verhältnismäßig geringfügigen Änderungen hingewiesen, die der Reichsrat an den Vorschlägen der Reichsregierung vorgenommen hat. Eine besondere Zusammenstellung der laufenden Ausgaben zeigt folgende Kosten: Steuerüberweisungen an die Länder 3272 Millionen Reichsmark, innere Kriegslasten 262 Millionen Reichsmark, äußere Kriegslasten 1540 Millionen Reichsmark, sonstige fortwährende Ausgaben 4634 Millionen Reichsmark, die einmaligen Ausgaben belaufen sich auf 223 Millionen Reichsmark.

Ablehnung der englischen Vorschläge zum Washingtoner Abkommen. Die neuen englischen Vorschläge zur Revision des Washingtoner Abkommens über den Achtstundentag sind am Dienstagabend von dem in Genf tagenden Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamts in der Weise abgelehnt worden, daß sich für keinen der vier vorliegenden Anträge über die Vertagung der Entscheidung oder die Einleitung des Revisionsverfahrens eine Mehrheit fand. Die Arbeitergruppe lehnte alle vier Anträge geschlossen ab, da dadurch nur ein Stillstand in der in Deutschland und anderwärts im Gange befindlichen Ratifikation eintreten würde.

Die Tarifverhandlungen im Versicherungsgewerbe gescheitert. Der Allgemeine Verband der Versicherungsangestellten e. V. und auch die am Reichstarifvertrag für das Versicherungsgewerbe beteiligten Angestelltenverbände hatten den Teil 2 des Reichstarifvertrages zum 31. März 1929 gekündigt, durch die die geblichen Leistungen geregelt werden. Am Dienstag fanden in Berlin Parteiverhandlungen mit dem Arbeitgeberverband deutscher Versicherungsunternehmen über eine Neuregelung der Gehälter statt. Diese Verhandlungen verliefen jedoch ergebnislos, weil die Arbeitgeberseite die Erhöhung der Bezüge ablehnte. Die Angestelltenverbände werden nunmehr beim Reichsarbeitsministerium die Einleitung eines Schlichtungsverfahrens beantragen.

Ein Engländer über die Lage der Deutschen in Döberstschlesien. „Manchester Guardian“ veröffentlicht eine Zusage G. S. Hutchingsons über die deutsche Winderheit in Ostoberschlesien, in der es heißt: „Kein billiger denkender Mensch kann ableugnen, daß die große deutsche Winderheit in Oberschlesien gegenwärtig Mißhandlungen erleidet. Dafür gibt es erdrückendes Beweismaterial. Die Politik der Wojewoda und der polnischen Regierung hat vollkommen klar die Entnationalisierung der deutschen Winderheit durch Gewaltmaßnahmen zum Ziele.“

Letzte Nachrichten

Zu den Besprechungen Dr. Schachts in Berlin

Die Leistungsfähigkeit Deutschlands

Dr. Berlin, 13. März (Priv.-Tel.) Den Besprechungen, die Reichsbankpräsident Dr. Schacht gestern in Berlin hatte, kommt, wie die „B. Z. am Mittag“ darlegt, nur eine rein informatorische Bedeutung zu, doch wäre es nach Meinung des Blattes falsch, wenn man sich in Paris der Hoffnung hingäbe, daß Berlin zur Akzeptierung der von den Franzosen angemeldeten Forderungen auch nur entfernt bereit wäre. Die Reichsregierung habe von Anfang an den Standpunkt angenommen, daß in die Substanz der deutschen Wirtschaft nicht eingegriffen werden dürfe, und jede Eingeregung der Reparationsfrage ihre naturgemäße Grenze an der deutschen Leistungsfähigkeit finden müsse. „Instruktionen“ habe Dr. Schacht jetzt ebenfalls erhalten, wie eben, zumal da gerade von deutscher Seite stets großer Wert auf die Unabhängigkeit der Sachverständigen gelegt worden sei. Wohl aber hatte die Sachverständigenkommission den Zweck, noch einmal die praktische Seite der Pariser Konferenz zu erörtern.

BR. London, 13. März (Tel.) Der Berliner Korrespondent des „Financial Times“ meldet: In deutschen finanziellen Kreisen wird die Ansicht vertreten, der Sachverständigenausschuß solle jetzt nach Berlin kommen, wo alles Material über Deutschlands wirkliche Zahlungsfähigkeit verfügbar sein würde. Die Sachverständigen würden sich dann an Ort und Stelle über die wahre Wirtschaftslage Deutschlands orientieren können.

General Dawes' Botschafter in London?

BR. Washington, 13. März (Tel.) (Neuter.) In hiesigen gut unterrichteten Kreisen heißt es, die Ernennung des Generalen Dawes zum nächsten amerikanischen Botschafter in London werde erwogen. Eine offizielle Bestätigung der Nachricht liegt noch nicht vor. Präsident Hoover wird keine diplomatischen Ernennungen vornehmen, ehe der neue Staatssekretär, Henry Stimson, in Washington eingetroffen ist, was gegen Ende dieses Monats geschehen dürfte.

Annahme des englischen Heeresetats

BR. London, 13. März (Tel.) Das Unterhaus nahm gestern abend den Heeresetat an. Zuvor warf ein Vertreter der Arbeiterpartei die Frage der Rheinlandbesetzung auf. Der Finanzminister des Kriegsamts, Duff Cooper, erwiderte, dies sei keine militärische, sondern eine außenpolitische Frage. Er wies darauf hin, daß es die Politik der britischen Regierung sei, die Truppen sobald wie möglich zurückzuziehen.

Budgetüberschreitungen in Polen

BR. Warschau, 13. März (Tel.) Die Unterfuchung gegen den früheren Finanzminister Gchowicz wegen der Budgetüberschreitung im Jahre 1927/28 um etwa 562 Millionen nimmt ihren Fortgang. Hierbei stellte sich u. a. heraus, daß in den Monaten Dezember 1927 und Januar und Februar 1928 die Ausgaben aus dem Dispositionsfonds des Ministerpräsidentiums um das Vierzigfache von 200 000 Loty auf 8 Millionen Loty gestiegen wären. Der sozialistische „Robotnik“ weist heute darauf hin, daß dieses eigentümliche Anschwellen des Dispositionsfonds gerade in die Vorbereitungszeit für die vorjährigen Wahlen zu Sejm und Senat fällt. Es sei offenbar, daß diese ungeheuren Summen als Wahlgelder für den Pilsudskistod verwendet worden wären.

Blutige Zusammenstöße in Madrid

BR. Madrid, 13. März (Tel.) In einer amtlichen Mitteilung heißt es: Die öffentliche Gewalt sah sich gestern trotz ihres guten Willens, äußerste Zurückhaltung walten zu lassen, angesichts der Angriffe von Studenten gezwungen, mit Waffengewalt vorzugehen, da die Studentenunruhen sich von den Unterrichtsanstalten aus auf die Straße ausdehnten und die Form von politischen Kundgebungen und Aufrufen annahmen. Bei den Zusammenstößen wurde ein 25jähriger Mann durch einen Halschuß schwer verwundet und mehrere Personen erlitten leichtere Verletzungen. Es wurden 26 Verhaftungen vorgenommen.

Die Kämpfe in Mexiko

BR. Mexiko, 13. März (Tel.) Präsident Gil läßt eine Erklärung veröffentlichen, worin es heißt, schon jetzt sei es klar, daß der Aufstand gegen die Regierung gescheitert sei, er habe deshalb angeordnet, daß die weitere Rekrutierung für die Armee eingestellt werde.

Der Rebellenführer, General Simon Aquierre, ist, wie offiziell mitgeteilt wird, in Santa Lucrecia von Regierungstruppen standrechtlich erschossen worden. Die Aufständischen haben Saktillo, die Hauptstadt von Coahuila, geräumt. Dabei scheint es infolge des Nachlassens der Disziplin zu Plünderungen von Banken und Geschäften gekommen zu sein. Nach Fingergemeisungen konzentrieren die Aufständischen ihre Hauptmacht unter General Escobar bei Torreon, wo sie anscheinend der Regierungarmee, die unter Calles heranzieht, eine Schlacht zu liefern gedenken.

* Neue Parteien?

Wenn von einer Regeneration unseres Parteiwesens gesprochen wird, dann stellt man sich das organisatorisch wohl meistens so vor, daß vorhandene Parteien miteinander verschmelzen und wir schließlich beim Zwei- oder Dreiparteiensystem landen. Das wäre in der Tat eine große und zum mindesten organisatorisch erfreuliche Vereinfachung. Wer den deutschen Volkscharakter kennt, wird allerdings mit einer Verwirklichung dieser Idee kaum rechnen. Dem Deutschen liegt nun einmal der Kantönligeist oder der Individualismus, wie wir es nun einmal gerade nennen wollen, zu sehr im Blut. Und es ist zu befürchten, daß selbst dann, wenn einmal die Bildung einer ganz großen und umfassenden Partei gelänge, schon nach kurzer Zeit wieder Abspaltungen und Neugründungen stattfinden würden.

Wir haben zweimal in der parteipolitischen Geschichte Deutschlands ganz große Parteien gehabt: die National-liberale Partei nach der Reichsgründung und die Sozialdemokratische Partei nach der Revolution. Beide Parteien haben nur verhältnismäßig kurze Zeit ihre ziffernmäßig alles überragende Machtstellung behauptet: Die National-liberale Partei ist immer mehr zusammengebrochen, sie lebt heute unter dem Namen Deutsche Volkspartei das Dasein einer mittelstarken Partei, und die Sozialdemokraten haben ihren linken Flügel verloren, der nun schon seit Jahren unter dem Namen der kommunistischen Partei eine für unsere politische Entwicklung nicht gerade vorteilhafte Sonderexistenz führt. Immerhin ist auch heute noch der Bestzustand der Sozialdemokratischen Partei so groß, daß sie als die stärkste Partei Deutschlands auftreten kann.

In den letzten Jahren sind verschiedene Versuche unternommen worden, um eine größere Zusammenfassung der Parteien zu erreichen. Vor allem wurde der Gedanke einer großen liberalen Partei eifrig erörtert. Sie würde zunächst die Deutsche Volkspartei und die Deutsch-Demokraten umfaßt haben. Zu irgendwelchen praktischen Ergebnissen haben diese Versuche bisher nicht geführt. Sollte das noch jemals der Fall sein, dann würde diese Verschmelzung an sich kaum genügen, um wirklich eine Entwicklung einzuleiten, die mit dem Sieg des Zwei- oder Dreiparteiensystems endet. Denn immer noch wäre die Zahl der Parteien viel zu groß. Wahrscheinlich könnte man die Wähler in Deutschland überhaupt nur nach wirtschaftlichen und sozialen Gesichtspunkten zu einigen wenigen größeren Einheiten zusammenschmelzen. Es würde sich dann eine Art ständische Gliederung ergeben. Wir hätten dann vielleicht eine einzige große Partei der Arbeitnehmer, eine Beamtenpartei und eine große Partei der selbständigen Existenzen, der Unternehmer im weitesten Sinne dieses Wortes. Diese große Unternehmerpartei würde Landwirtschaft, Industrie, Handel und Gewerbe umfassen.

Einstweilen ist es sehr fraglich, ob eine solche Neuorganisation des Parteiwesens auf ständischer Basis möglich wäre. Denn noch behauptet die Weltanschauung, die Idee als solche, das Feld. Und es gibt Tausende und aber Tausende von Wählern, die sich lieber nach ganz bestimmten Idealen parteipolitisch einrangieren als lediglich nach wirtschaftlichen oder sozialpolitischen Erwägungen.

Das eine steht fest, daß die Vielheit der Parteien das glatte Funktionieren des parlamentarischen Apparats außerordentlich erschwert. Und mit Recht ist namentlich bei den letzten Wahlen, zumal bei der letzten Reichstagswahl, über die grauenhafte Parteierzplitterung bei uns geklagt worden. Diese Parteierzplitterung hat dazu geführt, daß Hunderttausende von Wählerstimmen neben hinaus fielen. Und was kann es schließlich für die Politik in ihren großen Zügen bedeuten, wenn so eine kleine Splittterpartei wirklich ein paar Abgeordnete ins Parlament bringt? Erst dann, wenn eine Partei wenigstens über 15 bis 20 Mandate verfügt, kann sie unter Umständen als Junglein an der Waage eine Rolle spielen. Und zwar gerade deshalb, weil wir eben so viele Parteien haben, und die Koalitionsmehrheiten oft so schwach sind, daß 15 Stimmen schon die Entscheidung bringen können. Mit einer Partei von zwei oder drei Abgeordneten läßt sich aber selbst unter den gegebenen Verhältnissen so gut wie nichts erreichen.

Gegründet wurden und werden die neuen Splittterpartei auch gar nicht einmal im Hinblick auf die Taktik im Parlament, sondern in dem naiven Glauben, man habe nun mit seinem Programm den Stein der Weisen entdeckt, das Allheilmitel für alle politischen Nöte erfun-

den, und die Wähler würden in Millionen einer Partei zufließen, die mit einem so ausgezeichneten Programm aufwartet. Ein solcher Glaube ist bisher noch immer geäußert worden. Nur dort, wo die ganz bestimmten wirtschaftlichen Ziele einer ganz bestimmten Gruppe zur Bildung einer neuen Partei führten, wie zum Beispiel bei der Wirtschaftspartei, sind nicht unbeträchtliche Erfolge erzielt worden. Allerdings nur auf Kosten anderer Parteien, die dadurch wieder geschwächt wurden.

In den letzten Wochen ist der Öffentlichkeit die Gründung gleich von zwei neuen Parteien angekündigt worden. Unter der Ägide des Jungdeutschen Ordens soll eine Partei gebildet bzw. eine Parteizusammenfassung erstrebt werden, die den Namen „Volkswirtschaftliche Aktion“ trägt. Wenn mißverständnisse oder unglücklich angewandte Fremdwörter ein schlechtes Omen bedeuten sollten, dann wird wohl allein dieser Name, falls er nicht noch geändert wird, für das neue Gebilde verhängnisvoll sein. Was ist volkswirtschaftlich? Nation und Volk sind ja genau dasselbe. Es war schon ein Pleonasmus, daß sich die früheren Konservativen „Deutschnationale Volkspartei“ nannten. Jede Partei in Deutschland ist eine deutsche und eine Volkspartei. Was soll sie denn sonst sein? Und national ist doch wohl auch jede Partei, wenn auch nicht nationalistisch.

Das Programm, das vom Jungdeutschen Orden für die neue Partei entworfen wurde, enthielt Stellen, denen man nur zustimmen kann. Aber es enthielt auch andere Stellen, die recht verworren klingen. Bedeutung könnte die „Volkswirtschaftliche Aktion“ wohl nur dann gewinnen, wenn sie sich bemüht um eine Vereinheitlichung des bestehenden Parteiwesens bemühte und versuchen würde, die abseits stehende Jugend für die Politik zu gewinnen. Namentlich das letztere wäre ein großer Segen. Die Jugend sollte nicht immer sagen: „Reformiert eure Parteien, dann machen auch wir mit“, sondern sie sollte Mann für Mann in die Parteien eintreten und dort selber die nötige Reformarbeit leisten. Das würde unserer gesamten inneren Politik einen ganz gewaltigen Antrieb geben.

Die zweite Partei, die jetzt angekündigt wird, soll „Deutsche Staatspartei“ heißen und eine Partei der Mitte sein. Wer die Hintermänner sind, weiß man noch nicht. Bevor man also Stellung nimmt, wird man die Veröffentlichung dieser Namen und die Veröffentlichung eines genaueren Programms abzuwarten haben.

Dr. Jaech über Wirtschaft und Politik

Die britische Regierung gab am Montag in London den Teilnehmern an der internationalen Konferenz der politischen Bildungsanstalten ein Essen, auf dem der Präsident des Unterrichtsamts, Lord Kustace Perce, den Vorsitz führte. Professor Dr. Jaech von der Deutschen Hochschule für Politik in Berlin, führte während des Banketts in einer Rede aus: Drei Tage nach der Ruhebesetzung ist in Berlin ein Institut für Politik gebildet worden, das sich mit der Lage beschäftigt. Das Ergebnis der Untersuchung war, daß weder Kohle noch Eisen noch wirtschaftliche Erfordernisse das Hauptproblem bildete, dieses war vielmehr psychologischer Art. Frankreich fühlte sich unsicher. Mit diesem Gefühl, auch wenn es unbegründet war, mußte als einer politischen Tatsache gerechnet werden. Es wurde daher eine Art Sicherheitsvertrag ausgearbeitet, der auf wissenschaftlicher Prüfung des Problems beruhte und dem Auswärtigen Amt vorgelegt wurde. Dies war der erste Schritt zum Vertrag von Locarno. Politik bedarf der gleichen Anwendung wissenschaftlicher Methoden wie das Wirtschaftsleben, und hier wie dort sind nur solche Methoden geeignet, die wirksam sind.

In der Angelegenheit der russischen Dokumentenfälscher ließ die Sowjetregierung in Berlin erklären, sie habe den Wunsch, daß die Angelegenheit völlig aufgeklärt werde. Es sei zu wünschen, daß die Dokumentenfälscher einer Verhaftung zugeführt würden, da sie lediglich aus politischen Motiven die Sowjetregierung der aktiven Bestechung gegenüber den amerikanischen Senatoren Voraß und Norris bezichtigt und so auf das schwerste verleumdet hätten.

Freiburger Theaterbrief

—er. Das Bemerkenswerte und Eigenartige aus den letzten Spielwochen des Stadttheaters waren drei moderne Kurzopern: „Die Prinzessin auf der Erbse“ von Ernst Toch, „Der Bar läßt sich fotografieren“ von Kurt Weill und „Schwergewicht über die Ehre der Nation“ von Ernst Krenek, alle drei jeweils in einem Akt. Für ihre Erstaufführung hatte sich Ewald Lindemann mit der ganzen Wucht seines künstlerischen Willens eingelebt, allen Zweiflern zum Trost, ob die aufgewandte Mühe der Vorbereitung zugleich einen dauernden Besitz im Spielplan garantieren würde. Die Komplexität und das verblüffende Anderssein der atonalen Richtung macht es auch geübteren Ohren allerdings nicht leicht, hier mitzukommen. Indessen kann sich kaum einer dem Eindruck verschließen, auch beim erstmaligen Anhören schon, daß namentlich der Kammermusikmäßig besetzte orchestrale Teil eine Fülle von sprühendem Geist, ziselierten Feinheiten und mitreißendem Schmelz aufweist. Mit den Singstimmen, die mit ihrem scheinbar chaotischen Durcheinander das Gedächtnis der Darsteller vor heilloser Schwierigkeit stellen, haben sie rein gesanglich nicht viel Ruhm zu holen. Am so bewundernswürdiger war es, daß sie sich in das Angekommene so gut hineinfinden und mit dem tadellos eingepiehlten Orchester einen wahren Wettkampf antraten. Die Regieführung der Herren Schneider, Radwiger und Orth entsprach dem jagenden Rhythmus der Geschehnisse, die Bühnenbilder Kolter ten Hoontes gaben im ersten Stück garke Märchenstimmung, im zweiten einigermaßen enttäuschende Tradition, im dritten absolut wirkungsvollere, ulkige Verzerrung. — Im übrigen suchte Lindemann durch eine Neubearbeitung in die verworrene Handlung von Verdis „Trubadour“ Klarheit zu bringen, und hatte die Kernsinfonie, Wagners „Walküre“ durch energische Striche im zweiten und dritten Akt heutigen Zuhörern ertragbar und genutzbar zu machen; Bruno Korvalls berückelnde warme Stimme feierte in der ihm beschiedenen liegenden Partie des Sigmund ihre Triumphe. — Eine köstliche Geklopffheit brachte die Reueinstudierung von Mozarts „Così fan tutte“ unter Friedrich Herzfelds Leitung, mit Arthur Schneider als Spielleiter und Kolter ten Hoontes als

Hessen und die Reichsreform

In der Dienstagssitzung des Hessischen Landtags gab Staatspräsident Abelung eine Erklärung zur Reichs- und Länderreform ab. Den Kern seiner Ausführungen bildete die Auffassung, daß nach der bisherigen Debatte der Hessische Landtag in seiner Mehrheit der Ansicht sei, am Ende jeder Reichsreform dürfe nur ein starkes Reich mit einem wirklichen Eigenleben der Länder stehen, und ein Aufgeben Hessens in Preußen oder der Anschluß an ein irgendwie zentralistisch regiertes Land Norddeutschlands komme nicht in Frage. Auch gegen die jetzt bekanntgemachten Vorschläge des Unterausschusses der Länderkonferenz, die stark „lutherisch“ gelaugt seien, machte er Bedenken geltend.

Im bayerischen Landtag

ging am Dienstag der Minister des Innern, Stöckel, auf die Vorwürfe ein, die kürzlich von der sozialdemokratischen Abgeordneten Frau Ammon gegen die Leitung des Kinderheim Maria Duell in Oberbayern gerichtet worden waren. Die Abgeordnete hatte behauptet, daß die Kinder in Maria Duell schlecht behandelt und im Übermaß gequält würden. Der Minister erklärte, die amtliche Untersuchung habe ergeben, daß die Vorwürfe zum Teil unbegründet, zum Teil stark übertrieben seien. Die sozialdemokratischen Redner stellten in Aussicht, daß sie dem Minister das ganze Material, auch Dinge, die noch nicht öffentlich behandelt worden seien, zur Verfügung stellen würden, und verwies darauf, daß das Münchener Städtische Jugendamt die weitere Zuweisung von Kindern nach Maria Duell gesperrt habe.

Die Dachgesellschaft für die preussischen Staatswerke

Wie der Amtliche Preussische Pressedienst mitteilt, wurde in Berlin die Preussische Vereinigte Elektrizitäts- und Bergwerks-A.G. vom Handelsminister und vom Finanzminister gegründet. Gegenstand des Unternehmens ist der Erwerb und die Verwaltung von Beteiligungen an Elektrizitäts-, Bergwerks- und anderen Unternehmungen, insbesondere die Finanzierung dieser Unternehmungen. Das Grundkapital beträgt 180 Millionen Reichsmark. Auf das Grundkapital bringt der preussische Staat sämtliche Aktien der Preussischen Elektrizitäts-A.G., der Preussischen Bergwerks- und Hütten-A.G. und der Bergwerks-A.G. Heddinghausen ein, sowie die sämtlichen Vorkursaktien und rund 99 Proz. der Stammaktien der Bergwerks-Gesellschaft „Hibernia“ in Herne.

Als Aufsichtsratsvorsitzender wurde gewählt Staatssekretär von Seefeld im Preussischen Handelsministerium.

Die deutschen Liquidationsgeschädigten in Paris

Die Interessenvertretung der deutschen Liquidationsgeschädigten e. V., Sitz Karlsruhe, sandte eine Delegation nach Paris, um die deutschen und ausländischen Exponenten der Reparationskonferenz im Sinne der Reichstagsentschließung, die bei Verabschiedung des Kriegsschadensentschließungsgesetzes gefaßt wurde, zu orientieren. Die Abordnung wurde von dem Führer der deutschen Delegation, Dr. Schacht, empfangen und ist mit dem Eindruck zurückgekehrt, daß die deutschen Sachverständigen fest entschlossen sind, in den schwebenden Verhandlungen im Sinne der Reichstagsentschließung für die Liquidationsgeschädigten einzutreten. Bekanntlich bedeutet die in Artikel 297 e des Versailler Vertrages verankerte Entschuldigungsverpflichtung des Reiches eine innere Reparationslast, deren Geltendmachung in Paris eine Herabsetzung der äußeren Reparationslasten bezwecken soll.

Reichsaussenminister Dr. Stresemann ist am Dienstag zu längerem Aufenthalt in San Remo eingetroffen.

Die deutsche Delegation für die Völkerbundtagung ist am Dienstagmittag wieder in Berlin eingetroffen.

Neuorganisation der Reichsbahn in Bayern. In der Gruppenverwaltung Bayern der Deutschen Reichsbahn sollen die Geschäftsaufgaben der Betriebs- und Bauämter neu verteilt und damit die Bezirke aller Ämter geändert werden. Einzelne Betriebs- und Bauämter werden abgebaut oder verlegt werden.

Anschluß der bayerischen Wehrverbände an den Stahlhelm. Die in der bayerischen Wehrgemeinschaft zusammengefaßten Wehrverbände „Bayern und das Reich“ und „Verband der Vaterländischen Bezirksvereine München“ sind geschlossen dem Stahlhelm, der bisher in Bayern geringe Bedeutung hatte, beigetreten.

Ein Sparkommissar für Anhalt. Der Anhaltische Landtag nahm einen Antrag der Deutschen Volkspartei an, der die Einsetzung eines Sparkommissars für Anhalt fordert. Die Regierung stimmte dem Antrag zu. Von der Berufung des Reichs-Parlamentarier sieht man ab, dagegen soll der als tüchtiger Verwaltungsbeamter bekannte Staatsminister a. D. Dr. Müller (Dessau) mit dem Amt betraut werden.

Kurze Nachrichten

Der deutsche Botschafter in Moskau, von Dietrich, trifft heute in Berlin ein, um mit den Reichsstellen Besprechungen über laufende Fragen zu haben.

Verfallungsverbot in Hamburg. Für das Hamburgische Staatsgebiet wurden alle Versammlungen und Umzüge unter freiem Himmel sowohl für die Nationalsozialisten, als auch für die Kommunisten bis auf weiteres verboten.

Der Sächsische Landtag genehmigte die Verhaftung des nationalsozialistischen Abg. Tittmann zur Leistung des Offenbarungseides. Tittmann hatte sich geweigert, seiner Frau eine ihm durch gerichtliches Urteil auferlegte Unterstützung von monatlich 120 M zu zahlen.

Das Konkursverfahren gegen Frau Substoff ist auf Veranlassung des Bückeburger Hofes eingeleitet worden, und zwar wegen Forderungen in Höhe von 16 000 Reichsmark.

Trochli will nach Frankreich? Ein Pariser Blatt behauptet, Trochli wolle sich in Frankreich niederlassen. Er habe bereits im Département Gerault ein Haus gekauft und um die Einreiseerlaubnis nachgesucht.

Zwei britische Luftschiffe, die sich gegenwärtig im Bau befinden, sind bald betriebsfähig. „R 101“ wird dann einen Rundflug über den britischen Inseln ausführen und dann nach Indien fahren. Ein transozeanischer Flug nach Kanada soll etwas später versucht werden. Während der zwölf nächsten Monate sollen die beiden Luftschiffe regelmäßige Flüge nach allen Teilen des britischen Reichs durchführen.

Im Südafrikanischen Senat hat der Führer der Opposition einen Mißbilligungsantrag gegen den Handelsvertrag zwischen Deutschland und der Südafrikanischen Union eingebraucht.

Amerika und das Saager Statut. Die neuen Anregungen der Vereinigten Staaten zur Ermöglichung ihres Beitritts zum Ständigen Internationalen Gerichtshof in Haag haben in Genf im Juristenkomitee zur Revision des Saager Statuts zu einer weitgehenden Einigung geführt, so daß nun eine gemeinsame Formel mit Amerika gesucht werden kann.

Beginn des Meineidsprozesses Limbourg

W.B. Köln, 13. März. (Tel.) Vor dem hiesigen Schwurgericht begann heute der Meineidsprozeß gegen den Gutsherr Peter Limbourg. Die Anklage geht auf den wiederholt erwähnten Prozeß Dr. Joseph Limbourg gegen den Schriftleiter Dr. Nobens vom hiesigen „Stadtanzeiger“ zurück. Dr. Nobens hatte in seinem Blatt die Brüder Limbourg separatistischer Antriebe verdächtigt. Dr. Limbourg hatte darauf im Oktober 1927 wegen Verleumdung geklagt. Der Beklagte aber trat den Wahrscheinlichkeit an und wurde freigesprochen. Gegen dieses freisprechende Urteil legte Dr. Limbourg Berufung ein, die im Januar 1928 damit endete, daß der Kläger nach aufsehenerregender Enthüllung des Beklagten seine Berufung zurückzog. In dieser Verhandlung nun hatte der Verteidiger des Beklagten dem Bruder des Klägers, Peter Limbourg, die Frage vorgelegt, ob er jemals an den bekannten Separatistenführer, Dr. Dorten, einen Brief geschrieben, und ob er im Jahre 1923 ihn besucht und veranlaßt habe, verschiedene Württembergische Bürger auszuweisen. Beide Fragen wurden von dem Zeugen unter Eid entschieden verneint. Der Verteidiger aber legte dann zwei Briefe vor, aus denen das Gegenteil hervorging. Peter Limbourg hatte damals diese Briefe für echt erklärt, hatte sich aber durchaus nicht erinnern wollen, sie jemals geschrieben zu haben. Er wurde daraufhin unter dem Verdacht des Meineids in Haft genommen. Die Bornuntersuchung hat sich über ein Jahr hingezogen. Für die Verhandlung sind vorläufig drei Tage angelegt.

Raubüberfall auf ein Berliner Lichtspieltheater.

Pr. Berlin, 13. März. (Krib.-Tel.) Der Geschäftsführer des „Rant-Lichtspiele“ in Charlottenburg wurde gestern nacht beim Abrechnen der Tageseinnahmen in seinem Büro, wo er sich mit drei anderen Angestellten des Theaters aufhielt, von zwei Männern überfallen und mit vorgehaltenem Revolver zur Herausgabe der Kasse gezwungen. Die Räuber zogen den Geschäftsführer, auch ihnen die Briefstapsche auszuhandigen. Ein Versuch des Geschäftsführers, das Überfallkommando zu benachrichtigen, mißlang, da der Räuber ihm sofort die Pistole auf die Brust setzte. Die Räuber hatten vor dem Theater ein Privatauto stehen, in dem sie nach dem Überfall unbehindert davonfuhren. Die genaube Tageseinnahme beträgt ungefähr 410 M.

Der Dampfer „Göthaelf“, der lange Zeit im Eis in der Ostsee festlag und von dem russischen Eisbrecher „Zermaf“ befreit wurde, ist in eine schwere Eispressung geraten, die ihn zusammendrückte und zum Sinken brachte. Die Besatzung wurde vom „Zermaf“ an Bord genommen.

Bühnenbildner. Und Eva Goldbach gab es zu hören, eine Künstlerin von der gleichen Kultur im Gesang wie in der Kunst und Gebärde der Erscheinung.

Im Schauspiel interessierte Friedrich Wolfs „Kolonnenhund“, nicht nur durch das aktuelle soziale Thema, in welchem Maße auch durch die in der Gesamtwirkung starke Inszenierung Josef Stauders. Versäumt wurde aber wieder, was das kulturell ernst zu nehmende Theater nie unterlassen dürfte, es sei seine eigene Arbeit nicht zur Sinnlosigkeit verurteilen will: die rechtzeitige Aufklärung der Zuhörer nämlich über Wesen und Ziel des Wertes durch die Presse oder durch mündlichen Vortrag. Die unvermeidliche Folge auch in diesem Falle war, daß wichtige Stellen, die einem den Atem zum Stoden bringen konnten, vergnügt mißverstanden wurden. Das Schicksal der zugewandten historischen Schauspiel „Der Londoner verlorene Sohn“ in der Übersetzung von Tied und Bearbeitung von Kammiger hatte, von Ernst Forst herausgebracht, einige wenige nach innen gehende Momente, die wirkten, ermüdete aber mit seinem verstaubten Humor leidlich und bedeutet für das heutige Theater kaum einen Gewinn.

Oberrheinischer Geologischer Verein

Am 2. bis 7. April findet die 57. Tagung des Oberrheinischen Geologischen Vereins in Freiburg i. B. statt. Am 2. nachmittags, ist Gelegenheit zum Besuch der entsprechenden Sammlungen und Institute der Universität sowie der Bod. Geol. Landesanstalt. Die Teilnehmer treffen sich dann zu einem Begrüßungsabend in der „Bürle“. Am 3. vormittags, ist die wissenschaftliche Sitzung im Hörsaal des Zoologischen Instituts; nachmittags führt ein geologischer Spaziergang über den Schloßberg. Abends läßt die Stadt zu einer Theateraufführung und anschließendem Imbiß ein.

Die Exkursionen beginnen am 4. April und sollen auf den Schönbühl bzw. bei günstigem Wetter den Schauinsland und sein Bergwerk führen. Ferner erfolgt eine Besichtigung und Befahrung des Altwieses Buggingen; anschließend wird Badenweiler besucht, wo die Teilnehmer einer Einladung der Gemeinde in das Kurhaus folgen werden. Am 6. wird der alte Vulkan des Kaiserstuhls und am 7. das Gebiet um den Pfisterloch besucht.

Der Badische Bruderverbund. Der am 9. Juli 1928 in Freiburg gegründete Badische Bruderverbund, der nunmehr auch der Internationale Bruderverbund angehört, hielt in Freiburg seine diesjährige Mitgliederversammlung ab. Der Bund, der bekanntlich die Verbreitung und Vertiefung des Verständnisses für Anton Brudner durch Veranstaltung von Brudnerfesten, Vorträgen usw. bezweckt, hat in der kurzen Zeit seines Bestehens unter seinem Vorsitzenden, Professor Dr. Grüniger, Triberg, eine rühmliche Tätigkeit entfaltet. In der Hauptfrage galt es neben der Werbung von Mitgliedern den Vorkarbeiten für das am 8. bis 11. November d. J. in Karlsruhe stattfindenden Brudnerfest, bei dem das Freiburger und Karlsruher Orchester gemeinsam mit Auführungen Brudnerischer Sinfonien, Messen usw. mitwirken werden. In Verbindung damit ist eine Brudner-Ausstellung geplant, die eine Übersicht über das Leben und Schaffen des Meisters bieten soll. Interessant war die Mitteilung des Vorsitzenden, daß die Gründung des Badischen Bruderverbundes auch schon in der engeren österrheinischen Heimat des Komponisten lebhafteste Freude geweckt hat. Im übrigen hat die Internationale Bruderverbund auch schon Würze in England, der Tschechoslowakei und sogar in Nordamerika gefaßt, um dort für die erhabene Schönheit Brudners Kunst zu werben.

Der Senior der deutschen katholischen Kirchenmusiker gestorben. Nach kurzer Krankheit verschied in Freiburg im Alter von 87 Jahren Musikdirektor und Komponist Johannes Diebold. Mit ihm ist der Senior der deutschen katholischen Kirchenmusiker und Komponisten aus dem Leben geschieden. Er stammte aus Schlat bei Gengen, wo er schon in jungen Jahren Musikunterricht genoss. Mit 15 Jahren erhielt er seine erste Stelle als Organist und Chorleiter. Im Laufe seines Lebens war er dann im Rheinland und im Hohenzollernschen tätig, bis er dann 1868 nach Freiburg als Lehrer der Musikschule kam und im Jahre 1869 Chorleiter von St. Martin wurde, ein Amt, das er bis zum Jahre 1920 inne hatte. Groß ist die Zahl seiner kirchlichen und weltlichen Chorwerke. Die Verdienste des Entschlafenen um die Förderung und Erhaltung kirchlicher Tonkunst wurden u. a. auch vom Papst ausgezeichnet.